

strophal aus. Abtreibung wird zum Klassenproblem, je restriktiver die Gesetze sind. Wichtig ist es deshalb auch, dass sexuelle Aufklärung schon in den Schulen passiert, Verhütungsmittel bezahlbar oder frei verfügbar für alle sind, und dass Frauen Information und qualifizierte, von kirchlichen Trägern unabhängige Beratung bekommen, wenn sie sie haben wollen.

Am 17. September 2016 wurde vor dem Bundeskanzleramt in Berlin erneut ein sogenannter „Marsch für das Leben“ von AbtreibungsgegnerInnen abgehalten. Unter dem Motto: „Ja zum Leben – für ein Europa ohne Abtreibung und Euthanasie“ bezeichnen sie einen Schwangerschaftsabbruch als eine „vorgeburtliche“ Tötung von Kindern und setzen Abtreibung und Euthanasie gleich. Sie lehnen jede Art von Abtreibung ab, auch nach einer Vergewaltigung. Ihr Begriff des „Lebensschutzes“ beinhaltet nicht nur die umfassende Kontrolle der reproduktiven Rechte von Frauen und spricht diesen jegliche Selbstverantwortung ab, sondern tritt auch für die Herstellung der „alten Ordnung“ mit der „heiligen Familie“ aus heterosexuellen Paaren, die mit staatlichem und kirchlichem Ehesegen versehen sind, und (eigene) Kinder haben, ein. Damit werden alle anderen Lebensweisen diskriminiert und ausgegrenzt, weil sie angeblich der „natürlichen“ Ordnung widersprechen. Unterstützung in den Parlamenten finden die AbtreibungsgegnerInnen durch CDU, CSU und in einigen Länderparlamenten durch die AfD. Das Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung ist dem „Marsch“ lautstark entgegengetreten und wird auch in Zukunft in dieser Hinsicht aktiv bleiben.

Investitions- und Handelsverträge TTIP, CETA & Co: Umbau der Rechtsordnung und Ausbau von HERRschaftsstrukturen

ELISABETH KLATZER

Die Handels- und Investitionspolitik der EU ist nach wie vor ein geschlechterblindes Politikfeld. Angesichts der vielfältigen und tiefgreifenden Auswirkungen auf die sozio-ökonomische Situation von Frauen und auf Gleichstellung besteht die Gefahr, dass damit gleichstellungspolitische Initiativen in anderen Bereichen und Fortschritte der Vergangenheit konterkariert werden. In diesem Beitrag werden die potentiellen gleichstellungspolitischen Auswirkungen der Handels- und Investitionspolitik anhand der geplanten Verträge der EU mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA) skizziert.

Zivilgesellschaftlichen Initiativen zur kritischen Analyse und Verhinderung dieser Verträge – im deutschsprachigen Raum sind dies insbesondere das Bündnis *unfair-*

handelbar¹ in Deutschland und das TTIP-stoppen-Bündnis² in Österreich – ist die relativ breite öffentliche Diskussion der letzten Jahre zu verdanken. Vereinzelt gibt es feministische Stimmen (Fem Van 2015; Rosbech 2016; WIDE 2015; Wood 2014), allerdings fehlt bislang eine breitere feministische Analyse und Widerstandsbewegung.

Auswirkungen der Handels- und Investitionsverträge

Während die Europäische Kommission (EK) vor allem Arbeitsplätze und Wachstum betont und sinkende Preise für KonsumentInnen, sinkende Kosten, Exportmärkte für Unternehmen sowie steigende Investitionen von US- und kanadischen Firmen in Europa in Aussicht stellt (vgl. z.B. Europäische Kommission 2016), werden von wissenschaftlicher, zivilgesellschaftlicher und gewerkschaftlicher Seite grundlegende Probleme von TTIP und CETA aufgezeigt, die bislang nicht widerlegt werden konnten.

„Jobs and Growth“?

Vom vielstrapazierten Argument, dass die Verträge Arbeitsplätze schaffen würden, bleibt bei genauerer Analyse wenig übrig. So untersuchten Raza et al. (2014) die Methodik und Argumentation von – zumeist von der EK in Auftrag gegebenen – Studien, die positive wirtschaftliche Effekte von TTIP hervorheben. Die Analyse macht deutlich, dass die positiven Effekte überbetont und äußerst wichtige Anpassungskosten und soziale Kosten außer Acht gelassen werden. Andere Studien zeigen Arbeitsplatzverluste und Wachstumseinbrüche sowie Rückgänge bei Lohn Einkommen und Steuereinnahmen (z.B. Capaldo 2014) oder auch steigende Lohnungleichheiten. Aus feministischer Perspektive ist eine branchen- und sektordifferenzierende Betrachtung zentral: So sind positive Effekte, wenn überhaupt vorhanden, vor allem für männlich dominierte Exportbranchen zu erwarten. Andere Branchen werden durch zunehmende Importe aus den USA und Kanada unter Druck geraten.

Der für Frauenbeschäftigung wichtige öffentliche Sektor mit relativ geringem Gender Gap bei Löhnen und Arbeitsbedingungen ist mehrfach bedroht. CETA und TTIP haben beispielsweise keine eindeutigen Ausnahmen für öffentliche Dienstleistungen. Das neu anzuwendende Negativlistenprinzip bedeutet, dass von Liberalisierungen nur ausgenommen ist, was in einem Anhang explizit aufgelistet ist. Zusätzlich sehen die Verträge Klauseln vor, dass einmal vorgenommene Liberalisierungen und Privatisierungen im Bereich öffentlicher Dienstleistungen nicht mehr rückgängig gemacht werden können („Stillstands-“ und „Sperrklinken“-Klauseln). Diese Regeln sowie Verpflichtungen zur Öffnung der Ausschreibungen können zu Arbeitsplatzverlusten sowie Verschlechterungen der öffentlichen Dienstleistungen führen. Dies zeigt eine Studie über die Auswirkungen von CETA auf die Daseinsvorsorge in Österreich deutlich (Madner et al. 2015). Das bedeutet, dass z.B. Gesundheit, Pflege, Verkehr,

soziale oder kommunale Dienstleistungen nicht ausreichend geschützt sind, weiter für private Investitionen geöffnet und der Profitlogik unterworfen werden sollen. Ein verschwindend geringer Anteil von Unternehmen wird von den Verträgen direkt profitieren, nur ca. 1% der europäischen kleinen oder mittleren Unternehmen (KMU), die den Großteil der EU-Wirtschaft ausmachen, exportieren beispielsweise in die USA (Grunmiller/Theurl/Strickner 2015). KMU und einzelne Sektoren werden durch steigende Importe an den Rand gedrückt. So sind beispielsweise in der Landwirtschaft die Betriebe in den USA und Kanada sehr viel größer als in der EU. Die kleinstrukturierte europäische Landwirtschaft, in der Frauen eine besondere Rolle haben bzw. im Vergleich zu größeren Betrieben mehr Leitungsfunktionen innehaben (vgl. Oedl-Wieser 2012), ist besonders gefährdet. Diese Art der Handelspolitik stärkt transnationale Agrarkonzerne. Das hat auch Auswirkungen auf den globalen Süden, wo Frauen vor allem in der Subsistenzlandwirtschaft und in kleinen Betrieben eine zentrale Rolle spielen. Vermehrte Patentierungen von Saatgut, welches oft in Frauenhand ist, verstärken den Druck von großen Saatgutkonzernen auf kleinbäuerliche Landwirtschaft und haben damit enorme Auswirkungen auf die Lebensbedingungen von Frauen.

Angriff auf Gesundheit und Lebensqualität

Im Bereich der Zulassung von gefährlichen Stoffen sollen anstelle des in der EU angewandten Vorsorgeprinzips, das eine Zulassung nach Nachweis der Unschädlichkeit durch die Unternehmen vorsieht, Wirkungsanalysen und Verbot nur bei Beweis der Schädlichkeit angewandt werden. Die Beweislast liegt nunmehr bei staatlichen Stellen. ÄrztInnen äußern mittlerweile die Sorge, dass die gelockerten Bestimmungen auch massive Auswirkungen auf die Gesundheit haben. Insbesondere Chemikalien, hormonelle Schadstoffe und Pestizide können auch die reproduktive Gesundheit beeinträchtigen. Darüber hinaus sind es ja nach wie vor insbesondere Frauen, die den Großteil der unbezahlten Pfllegetätigkeit leisten.

Erweiterte Patentrechte – aber auch mögliche Klagen von Pharmakonzernen gegen Preiskontrollen bei Medikamenten – werden die Preise für Medikamente nach oben treiben. Wood (2014) argumentiert, dass die geänderten Patentregeln durch CETA in Kanada Preiserhöhungen für Medikamente in der Höhe 850 Mio. \$ pro Jahr zur Folge haben werden. Da Frauen mehr verschriebene Medikamente zu sich nehmen als Männer, könnte dies für kanadische Frauen zu zusätzlichen Kosten in der Höhe von 110 Mio. \$ pro Jahr führen.

Im Gesundheits- und Pflegebereich gibt es viele weitere problematische Auswirkungen. Beispielsweise sieht CETA die Liberalisierung von Senioren- und Pflegeeinrichtungen vor. Private, gewinnorientierte Konzerne sollen verstärkt in diesen Bereich eindringen können, mit einer Fülle an problematischen Veränderungen, z.B. hinsichtlich der zu erwartenden Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Löhne für die Beschäftigten und in Folge möglicherweise auch der Pflegeleistungen.

Die Bestimmungen in den Verträgen bezüglich privater Investoren im Bereich der Krankenversicherung bleiben unklar. Es besteht die Gefahr, dass verpflichtende öffentlichen Sozialversicherungssysteme weiter geschwächt werden (European Federation of Public Service Unions 2016: 16ff.).

Undemokratische HERRschaftsmechanismen

Diese – und andere in Verhandlung befindliche – Investitions- und Handelsverträge sind ein Versuch, die bestehende Rechtsordnung fundamental und langfristig zugunsten von transnational tätigen Konzernen zu verändern. Dabei sind sowohl die Sonderklagerechte für Konzerne durch den besonderen Investitionsschutz und die Einführung einer Investor-Staat-Schiedsgerichtsbarkeit (ISDS) als auch die Mechanismen der regulatorischen Zusammenarbeit zentrale Elemente, die Konzernen eine privilegierte Position gegenüber Staaten, demokratischen Entscheidungsstrukturen und gegenüber anderen gesellschaftlichen AkteurInnen wie Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen einräumen (vgl. z.B. Madner et al. 2015). Konzerne können durch die Sonderklagsrechte gegen unliebsame Gesetze oder Regulierungen klagen, indem sie negative Auswirkungen auf ihre Gewinnerwartungen geltend machen. Bereits durch diese Möglichkeit und drohende Schadenersatzklagen in Millionenhöhe werden Regierungen und Parlamente in ihrer Gestaltungsfreiheit eingeschränkt.

Andererseits sind aber keine analogen Klagsrechte für Staaten oder BürgerInnen vorgesehen, wenn Konzerne Arbeitsrechte, Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsregelungen oder Umweltschutzregeln verletzen. Die Asymmetrie zugunsten von Konzerneinfluss und -rechten wird mit den Verträgen massiv ausgebaut. Damit werden demokratische Strukturen und Gestaltungsmöglichkeiten unterlaufen.

Die verpflichtende Regulierungszusammenarbeit in den Verträgen bedeutet de facto eine Verpflichtung zur Vorinformation – noch bevor Gesetzesvorlagen ans Parlament gehen – und Zusammenarbeit mit Konzernen bezüglich geplanter Regulierungen. Auch das kann zu einer massiven Aufweichung von geltenden gesetzlichen Regulierungen führen.

Aus feministischer Perspektive ist insbesondere von Interesse, dass damit das gegenwärtige Herrschafts- und Einflussssystem entscheidend verändert wird. Demokratische Institutionen wie Parlamente und auch staatliche Verwaltungen, das heißt Institutionen, in denen Frauen in den letzten Jahrzehnten zwar nicht ausreichend, aber dennoch Schritt für Schritt vermehrt an Zugang und Einfluss gewonnen haben, werden in ihrer Entscheidungs- und Gestaltungsfreiheit beträchtlich eingeschränkt. Demgegenüber werden Konzernen und Konzernlobbies, die sehr maskulin strukturiert und konnotiert sind (vgl. Kreisky 2001a; Sauer 2001), privilegierte Rechte zugestanden. „Business-Krieger“ (frei nach Kreisky 2001b: 157) und „Manager-Männlichkeit transnationaler Konzerne“ (Connell 1998: 16) weiten ihre Herr-

schafts- und Einflussbereiche aus und sichern sie durch internationale Verträge von hoher Bestandskraft ab.

Dieser Ausbau der Macht transnationaler Konzerne steht im Gegensatz zu den Einsichten aus feministischer Perspektive, dass es einen grundlegenden Umbau des Wirtschaftssystems braucht, in dem die Versorgungs- und Vorsorgeperspektive sowie ein gutes Leben für Alle – im Gegensatz zur gegenwärtigen konzerngetriebenen Ausbeutung von Menschen und Natur – im Vordergrund steht.

Ausblick

Abgesehen von der dringlichen Notwendigkeit, die Leerstelle in der feministischen Forschung zu den Abkommen rasch zu füllen, besteht akuter politischer Handlungsbedarf. Der Ratifizierungsprozess des CETA-Abkommens steht unmittelbar bevor und die TTIP-Verhandlungen sind bereits weit fortgeschritten. Feministische Kräfte müssen gebündelt werden, um diese Abkommen mit vielfältigen negativen Auswirkungen auf Gleichstellung, Lebensqualität, öffentliche Dienstleistungen sowie auf Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt zu verhindern. Erfolgreicher Widerstand gegen TTIP und CETA bedeutet auch, Räume für eine emanzipatorische Umgestaltung der Wirtschaft zu erkämpfen.

Anmerkungen

- 1 www.ttip-unfairhandelbar.de/ ist ein Bündnis aus zahlreichen NROs aus den Bereichen Landwirtschaft, Umwelt, Entwicklungs- und Handelspolitik.
- 2 Dieses breite zivilgesellschaftliche Bündnis aus dem sozialen, gewerkschaftlichen, kirchlichen und umweltpolitischen Bereich engagiert sich auch gegen den CETA-Vertrag (www.ttip-stoppen.at/).

Literatur

Capaldo, Jeronim, 2014: The Trans-Atlantic Trade and Investment Partnership: European Disintegration, Unemployment and Instability. Global Development and Environment Institute Working Paper Nr. 14-03. Medford.

Connell, R., 1998: Masculinities and Globalization. In: Men and Masculinities. 1(3), 3-23.

Europäische Kommission, 2016: The Benefits of CETA. Luxemburg. Internet: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2016/july/tradoc_154775.pdf (22.7.2016).

European Federation of Public Service Unions, 2016: CETA and TTIP. Potential Impact on Health and Social Services. Internet: http://www.epsu.org/sites/default/files/article/files/Working%20Paper_HSS%20in%20CETA%20TTIP_1604.pdf (22.08.2016).

Fem Van, 2015: Feminists said NO to TTIP, CETA and TISA during the Feminist Caravan in Barcelona. Internet: <http://caravanafeminista.net/feminists-said-no-to-ttip-ceta-and-tisa-during-the-feminist-caravan-in-barcelona/> (22.7.2016).

Kreisky, Eva, 2001a: Die maskuline Ethik des Neoliberalismus – die neoliberale Dynamik des Maskulinismus. In: Femina Politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft. 10 (2), 76-91.

Kreisky, Eva. 2001b: Weltwirtschaft als Kampffeld: Aspekte des Zusammenspiels von Globalismus und Maskulinität. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft. 30(2), 137-59.

Madner, Verena/**Mayr**, Stefan/**Damjanovic**, Dragana, 2015: Die Auswirkungen des Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) auf die rechtlichen Rahmenbedingungen für Dienstleistungen der Daseinsvorsorge in Österreich. Wien. Internet: https://media.arbeiterkammer.at/wien/PDF/studien/Ceta_studie_2015.pdf [22.7.2016].

Oedl-Wieser, Theresia/**Gmeiner**, Theresia/**Machold**, Ingrid, 2012: Frauen in der Landwirtschaft in Österreich. Bundesanstalt für Bergbauernfragen Fact Sheet Nr. 2. Wien.

Raza, Werner/**Grumiller**, Jan-Augustin/**Tröster**, Bernhard/**Taylor**, Lance/**von Arnim**, Rudi, 2014: ASSESS_TTIP: Assessing the Claimed Benefits of the Transatlantic Trade and Investment Partnership. ÖFSE Policy Note 10. Wien. Internet: http://www.oefse.at/fileadmin/content/Downloads/Publikationen/Policynote/PN10_ASSESS_TTIP.pdf [22.07.2016].

Rosbech, Malise, 2016: Why TTIP is a Feminist Issue. Internet: <http://www.globaljustice.org.uk/blog/2016/feb/25/why-ttip-feminist-issue> [22.7.2016].

Sauer, Birgit, 2001: Die Asche des Souveräns: Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte. Frankfurt/M.

WIDE, 2015: TTIP – Handelspartnerschaft wie und für wen? Das neue Handelsabkommen feministisch betrachtet. Internet: http://www.wide-netzwerk.at/images/publikationen/2015/ttip%20_2%20juni%202015.pdf [22.7.2016].

Wood, Amy, 2014: CETA: A Bad Trade for Women. Internet: <http://www.bilaterals.org/?ceta-a-bad-trade-for-women&lang=en> [22.7.2016].